

Stand: 18.09.2024 21:03:22

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/2564

"Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißaal"

---

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/2564 vom 21.06.2024
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/3105 des GP vom 02.07.2024



## Antrag

der Abgeordneten **Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler, Elena Roon, Franz Schmid** und **Fraktion (AfD)**

### **Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißsaal**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um das Thema Gewalt während der Geburt nicht zu vergessen und umfassend darüber zu informieren. Es soll eine umfassende Aufklärung und Prävention eingeleitet werden, um werdende Mütter optimal auf die Geburt vorzubereiten und zu schützen.

### **Begründung:**

Eine Geburt ist eine der intensivsten Erfahrungen im Leben einer Frau, oft begleitet von körperlichen Schmerzen und emotionalen Herausforderungen. Zusätzlich fühlen sich viele Frauen durch das Verhalten des Krankenhauspersonals traumatisiert, da sie sich ignoriert oder beleidigt fühlen. Dies kann auf die hohe Arbeitsbelastung und den Stress des Personals zurückzuführen sein, was jedoch keine Entschuldigung für respektloses Verhalten darstellt.

Traumatische Erlebnisse während der Geburt resultieren oft nicht nur aus den unvermeidlichen Schmerzen, sondern auch aus physischen oder verbalen Übergriffen durch das medizinische Personal. Solche Übergriffe können von der Ignorierung der Bedürfnisse der Gebärenden bis hin zu Beleidigungen, Bedrohungen und Entwertungen reichen. Ein drastisches Beispiel ist das manuelle Öffnen des Muttermunds ohne Betäubung, was extreme körperliche und seelische Belastungen verursacht.

Unangekündigte und ungewollte medizinische Interventionen, wie zum Beispiel Dammschnitte, tragen ebenfalls zu traumatischen Geburtserfahrungen bei. Die Rate der Dammschnitte in Krankenhäusern ist signifikant höher als in Geburtshäusern oder bei Hausgeburten. Laut Schätzungen von Human Rights in Childbirth erleben 40 bis 50 Prozent aller Frauen während der Geburt psychische oder körperliche Gewalt. Auch die Weltgesundheitsorganisation (WHO) bestätigt, dass viele Frauen während der Geburt respektlos und herabsetzend behandelt werden.

Gewalterfahrungen während der Geburt können zu erheblichen psychischen Belastungen führen, einschließlich postpartaler Depressionen und posttraumatischer Belastungsstörungen. Solche Traumata können Identitätsprobleme als Frau und Mutter, Bindungsprobleme mit dem Kind und Konflikte in der Partnerschaft zur Folge haben.

Um diesen Problemen vorzubeugen, ist es entscheidend, dass Frauen umfassend informiert und aktiv in die Entscheidungsprozesse während der Geburt einbezogen werden. Hebammen und medizinisches Personal sollten Frauen stets darüber informieren, was und warum bestimmte Maßnahmen durchgeführt werden. Durch das Einholen des

Einverständnis der Frauen und das Nachvollziehen der Abläufe kann eine positive und respektvolle Geburtserfahrung gefördert werden.<sup>1,2</sup>

Um diesen Problemen vorzubeugen, ist es entscheidend, dass Frauen ausreichend informiert und in Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Hebammen sollten Frauen stets informieren, was und warum etwas gemacht wird. Wenn Frauen das Einverständnis gegeben haben und nachvollziehen können, was mit ihrem Körper passiert, kann dies zu einer besseren Geburtserfahrung führen.

---

<sup>1</sup> deep und deutlich: Gewalt in deutschen Kreißsälen – Appell einer Hebamme (<https://www.ardmediathek.de>)

<sup>2</sup> Gewalt im Kreißaal: “Stellen Sie sich nicht so an” – SWR1 RP – SWR1 (<https://www.swr.de/swr1/rp/programm/gewalt-unter-der-geburt-im-kreissaal-100.html>)



## **Beschlussempfehlung und Bericht**

des Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

**Antrag der Abgeordneten Roland Magerl, Andreas Winhart, Matthias Vogler u.a.  
und Fraktion (AfD)**  
Drs. 19/2564

**Aufklärung und Prävention von Gewalt im Kreißsaal**

### **I. Beschlussempfehlung:**

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ramona Storm**  
Mitberichterstatlerin: **Susann Enders**

### **II. Bericht:**

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit, Pflege und Prävention federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 11. Sitzung am 2. Juli 2024 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
  - CSU: Ablehnung
  - FREIE WÄHLER: Ablehnung
  - AfD: Zustimmung
  - B90/GRÜ: Ablehnung
  - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

**Bernhard Seidenath**  
Vorsitzender